

E-PAPER

Studie

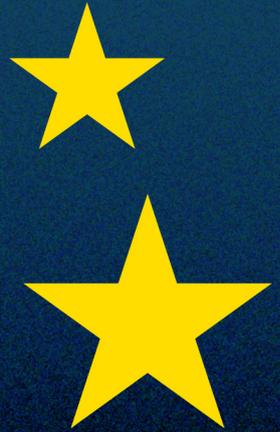
Selbstverständlich europäisch!?

2025

Den Führungsanspruch
kooperativ gestalten

VON MARIA SKÓRA UND GEORG MCCUTCHEON

Eine Publikation der Heinrich-Böll-Stiftung, Juni 2025
In Kooperation mit Das Progressive Zentrum



Selbstverständlich europäisch!? 2025

Von Maria Skóra und Georg McCutcheon

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Zusammenfassung	5
1. Ziel und Methodik der Studie	9
2. Repräsentative Umfrage zur Rolle Deutschlands in der EU	12
2.1 Zustimmung für eine stärkere Führungsrolle Deutschlands in der EU	12
2.2 Deutschland soll sich kooperativ und aktiv in der EU verhalten	14
2.3 Migration und Integration, Verteidigung und Wettbewerbsfähigkeit als oberste Prioritäten	16
2.4 Wunsch nach einer europäischen Verteidigungspolitik	18
2.5 Schwindender Rückhalt für europäischen Klimaschutz	20
2.6 Vorteile der EU-Mitgliedschaft überwiegen	21
3. Politische Handlungsempfehlungen	24
3.1 Europa kooperativ mitgestalten	24
3.2 Europas wirtschaftlichen Nutzen vermitteln	24
3.3 Europas klima- und sozialpolitisches Versprechen nicht vernachlässigen	25
3.4 Europas Versprechen für Stabilität stärken	26
Die Autor*innen	28

Vorwort

Europa steht vor immensen Herausforderungen. Die anhaltenden Krisen – Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, die durch Donald Trumps Politik erschütterte transatlantische Partnerschaft, eine stagnierende deutsche Wirtschaft, die sich zuspitzende Klimakrise – erfordern diese einleitende Diagnose auch für die vorliegende Studie. Denn es gilt, die europäische Sicherheitsarchitektur neu aufzustellen, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sicherzustellen, das Klima zu schützen und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Im Kontext der massiven Krisenszenarien werden in der politischen Debatte Sicherheits- und Wirtschaftspolitik auf der einen Seite und Klimapolitik auf der anderen Seite zunehmend gegeneinander ausspielt. Verstärkt ist zu hören, jetzt sei nicht die Zeit für Klimaschutz.

Wie sehen dies die Bürgerinnen und Bürger? Die Langzeitstudie «Selbstverständlich europäisch!?» unternimmt den Versuch einer Antwort. Die Heinrich-Böll-Stiftung gibt sie seit 2019 in Zusammenarbeit mit dem Progressiven Zentrum heraus. Ihr empirisches Herzstück ist eine jährlich durchgeführte repräsentative Umfrage. Die diesjährige Erhebung fand direkt nach der Bildung der neuen Regierungskoalition von CDU/CSU und SPD statt. Sie befasst sich vorrangig mit der Rolle Deutschlands in der EU und den europapolitischen Prioritäten der neuen Bundesregierung.

Zum einen zeigen die Ergebnisse, dass die Klimapolitik bei den Bürgerinnen und Bürgern tatsächlich nicht mehr so weit oben auf der Agenda steht wie vor einigen Jahren. Das muss ernst genommen werden – indem nach den Ursachen gesucht wird, statt reflexhaft bereits erreichte Maßnahmen des European Green Deal zurückzudrehen. Wenn Themen wie wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit weit vorne liegen, zeigt das klar, welche Sorgen aktuell im Vordergrund stehen. Hier muss angesetzt und die Zusammenhänge müssen besser vermittelt werden. Denn Klimaschutz ist beispielsweise eng mit Wettbewerbsfähigkeit verknüpft. 2024 konstatierte Mario Draghi, dass Europas Industrien – und insbesondere die deutsche – im wirtschaftlichen Wettbewerb langfristig nur durch Innovation und Skalierung in der Entwicklung sauberer Zukunftstechnologien bestehen können. Europa hat das Potenzial, sich in diesem Bereich als international führender Akteur zu behaupten, doch dafür braucht es einen konsequenten Ausbau von erneuerbaren Energien und Infrastruktur sowie Planungssicherheit. Dazu muss der rechtliche Rahmen, den die EU mit dem European Green Deal geschaffen hat, gestärkt statt abgebaut werden. Auch mit Blick auf die Folgen des Klimawandels zeigt sich die enge Verbindung zur Wirtschaft: So kam eine Studie des National Bureau of Economic Research aus dem Jahr 2024 zu dem Schluss, dass die volkswirtschaftlichen Kosten der Klimakrise um ein Vielfaches höher sind als angenommen. Weitere Forschung in der Fachzeitschrift Nature aus dem letzten Jahr legt nahe, dass die Schäden des Klimawandels weltweit zu Einkommensverlusten von bis zu 19 Prozent innerhalb der nächsten gut 25 Jahre führen könnten.

Wirtschaftliche Schocks treffen diejenigen zuerst, deren Lebensumstände ohnehin von Unsicherheit oder einer prekären finanziellen Lage geprägt sind und deren Vertrauen in

Politik und staatliche Fürsorge oft gering ist. Deshalb sind Klimaschutzmaßnahmen nicht nur wirtschaftlich erforderlich, sondern auch demokratiepolitisch eine Notwendigkeit. Wer für die Wirtschaft etwas tun will, kann die gravierenden ökonomischen und sozialen Folgen des Klimawandels nicht ausblenden oder kleinreden. Es ist deshalb das Gebot der Stunde, wirksame Klimaschutzmaßnahmen ins Zentrum der Politik zu stellen, um gute Arbeit und ein sicheres Leben in der EU zu ermöglichen und so dem Bedürfnis nach wirtschaftlicher Stabilität und Sicherheit gerecht zu werden.

Seit Jahren beobachten wir, dass der Anteil an Befragten, für die der wirtschaftliche und politische Nutzen der EU sowie die Vorteile der Mitgliedschaft überwiegen, stetig abnimmt. Insbesondere die Zweifel am wirtschaftlichen Nutzen sind – trotz der hohen Wohlstandsgewinne und nichtfinanziellen Vorteile für Deutschland – weit verbreitet. In diesem Jahr hat sich der Trend etwas stabilisiert. Das liegt möglicherweise daran, dass der globale Krisenkontext den Mehrwert der EU in den Vordergrund rückt. Damit die EU nicht nur in Krisenzeiten ihre Handlungsfähigkeit beweist, benötigt sie ausreichend Finanzmittel, um Kohäsionspolitik, Wohnungsbau und den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben. Daraus leitet sich der Auftrag an die Bundesregierung ab, sich für ein zukunftsfähiges und damit höheres EU-Budget einzusetzen – in dem Verständnis, damit auch einem zentralen Bildungsauftrag besser gerecht zu werden: der Bevölkerung zu vermitteln, dass die EU-Mitgliedschaft Deutschland weitaus mehr einbringt, als es in den EU-Haushalt einzahlt.

Wichtig ist, dass die Bundesregierung im Verbund mit ihren Partnern in der EU handelt. Dies erwarten auch die Bürgerinnen und Bürger. Eine Mehrheit von ihnen steht dem durch die Bundesregierung formulierten Anspruch, eine starke und aktive Rolle in der EU zu übernehmen, durchaus positiv gegenüber. Doch sollte das europapolitische Engagement vor allem kooperativ und im europäischen Interesse sein. Diese Erwartung wird auch in vielen europäischen Hauptstädten gehegt. Die Bundesregierung sollte ihre Rollen verantwortungsvoll ausfüllen und den Bürgerinnen und Bürgern den politischen und wirtschaftlichen Nutzen der EU klar und nachvollziehbar kommunizieren. Wichtig ist am Ende aber auch, dass die EU spürbare Fortschritte erzielt. Um diese zu erreichen, kann angesichts blockierender nationaler Regierungen die verstärkte Zusammenarbeit einiger EU-Länder – etwa bei der Verteidigung – im Rahmen der EU nötiger werden.

Die vorliegende Studie soll als Stimmungsbarometer für die drängenden europapolitischen Debatten dienen und Entscheidungsträger*innen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft bei den Weichenstellungen für die Zukunft Europas unterstützen. Ich danke den beiden Autor*innen der Studie, Dr. Maria Skóra und Georg McCutcheon, für diese gelungene Diskussionsgrundlage.

Berlin, im Juni 2025

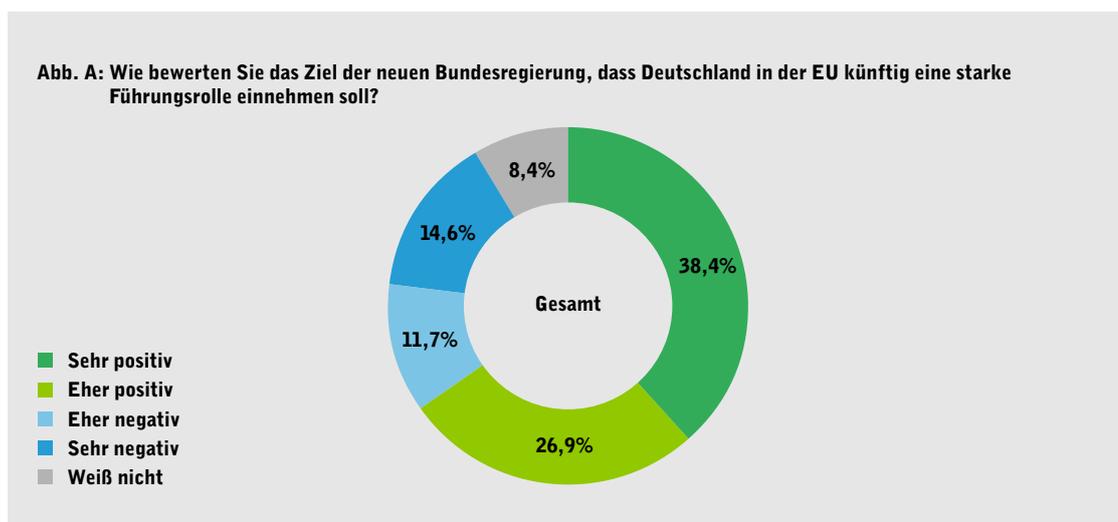
Jan Philipp Albrecht
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Zusammenfassung

Die EU ist mit enormen Herausforderungen konfrontiert. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine geht mit unverminderter Härte weiter. Die Verlässlichkeit der USA im transatlantischen Sicherheitsgefüge steht infrage. In Europa, wie auch Deutschland, schreitet der Rechtsruck voran. Die Dringlichkeit der Transformationsaufgaben in der Wirtschaft steigt. Die Klimakrise spitzt sich zu. Die liberale Demokratie und die Idee eines vereinten Europas stehen massiv unter Druck. Die neue Bundesregierung von CDU/CSU und SPD hat im Koalitionsvertrag den Anspruch formuliert, in der EU eine starke Führungsrolle übernehmen zu wollen. In diesem Kontext untersucht die siebte Ausgabe der Langzeitstudie «Selbstverständlich europäisch!?!», wie die Bürgerinnen und Bürger die Rolle Deutschlands in der EU bewerten und welches Auftreten sie sich von der Bundesregierung in Brüssel wünschen. Wie in den vergangenen Jahren soll diese Studie eine Debatte über die Zukunft der deutschen Europapolitik anregen.

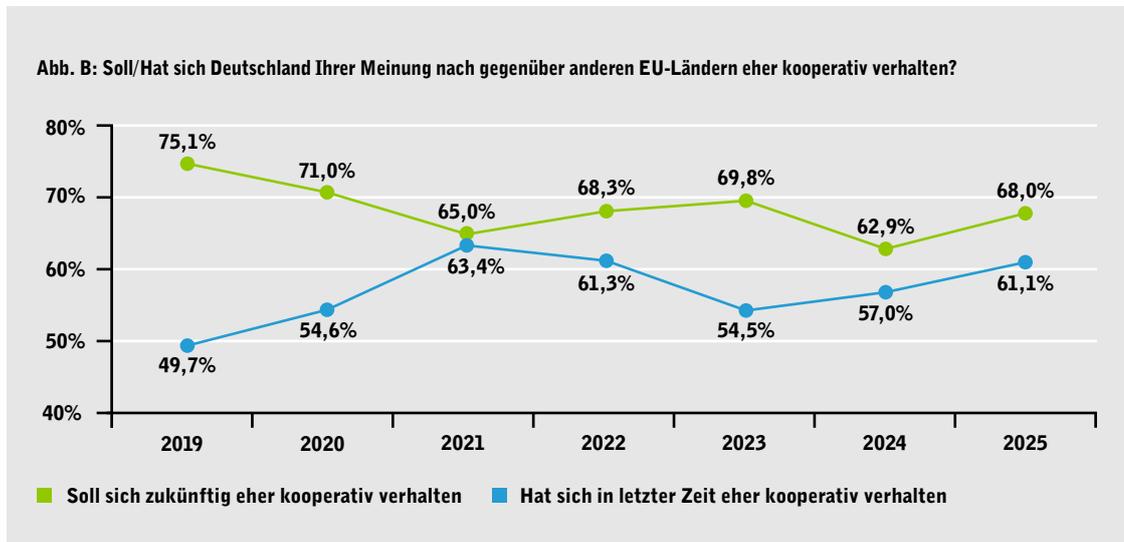
Die wichtigsten Ergebnisse der repräsentativen Umfrage^[1]

- **Zustimmung für eine stärkere Führungsrolle Deutschlands in der EU:** Die im Koalitionsvertrag umrissene europäische Stoßrichtung findet in der Gesellschaft breite Unterstützung. Etwa zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger (65,3 Prozent) bewerten eine stärkere Führungsrolle Deutschlands in der EU als eher positiv (26,9 Prozent) oder sehr positiv (38,4 Prozent).



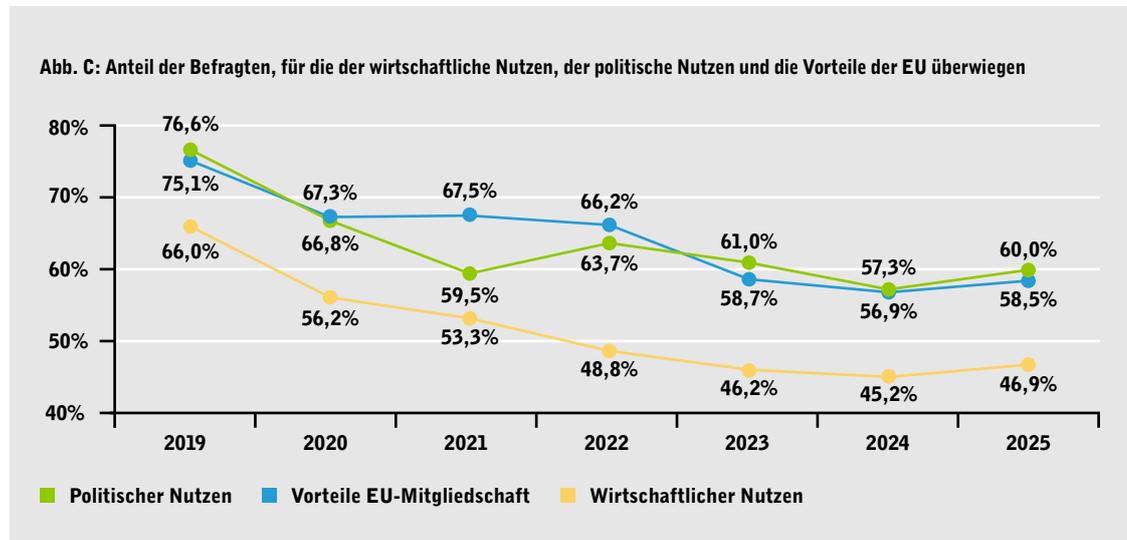
- 1** Das Meinungsforschungsunternehmen Civey hat für diese Studie 5.000 Personen im Mai 2025 online befragt. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die deutsche Bevölkerung ab 18 Jahren. Der Fragebogen der Langzeitstudie wurde u.a. auf Basis von Fokusgruppen konzipiert, die 2019 und 2021 durchgeführt wurden.

- **Plädoyer für eine kooperative EU-Politik der Bundesregierung:** Neben der Zustimmung zu einer stärkeren Führungsrolle Deutschlands in der EU wünscht sich eine große Mehrheit der Befragten (68 Prozent) in Zukunft auch ein kooperatives Auftreten der Bundesregierung in Brüssel.



- **Migration und Integration, Verteidigungs- und Wettbewerbsfähigkeit sind oberste Prioritäten:** Aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger handelt es sich bei den drei wichtigsten europapolitischen Prioritäten um Migration und Integration (56,0 Prozent), Sicherheit und Verteidigung (55,3 Prozent) und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit (46,1 Prozent). Zusätzliche gemeinsame Investitionen begrüßen die Befragten bei Verteidigung (52,1 Prozent), innerer Sicherheit (45,5 Prozent), Forschung, Bildung und Innovationen (36,8 Prozent) sowie Wirtschaft (35,5 Prozent).
- **Unterstützung für eine europäische Verteidigungsunion:** Mehr als die Hälfte der Befragten (56,5 Prozent) stimmen überein, dass europäische Verteidigung in erster Linie zur gemeinsamen Aufgabe werden soll. 20,8 Prozent plädieren für eine differenzierte Integration in diesem Bereich, z.B. in der Rüstungspolitik. Die Unterstützung für eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik ist sowohl in Westdeutschland (58,5 Prozent) als auch in Ostdeutschland (48,7 Prozent) relativ hoch.
- **Schwindender Rückhalt für europäischen Klimaschutz:** Für die Befragten haben andere politische Maßnahmen derzeit eine höhere Priorität als der Klimaschutz. Das ist eine Entwicklung, die sich vor allem in den letzten Jahren verstärkt hat. 2025 befürworten nur 24,8 Prozent mehr gemeinsame Ausgaben in diesem Bereich – im Jahr 2022 waren es noch 42,2 Prozent. Die Einstellung zur Klimapolitik ist zudem stark gespalten, der signifikanteste Faktor bleibt dabei die Parteipräferenz.
- **Vorteile der EU-Mitgliedschaft überwiegen; Zweifel am wirtschaftlichen Nutzen:** Für die Mehrheit der Befragten überwiegen 2025 die Vorteile der EU-Mitgliedschaft (58,5 Prozent). Dennoch stehen für eine knappe relative Mehrheit der Befragten – rein wirtschaftlich gesehen – die Kosten (47,9 Prozent) über dem Nutzen

(46,9 Prozent). Eine Mehrheit (58,6 Prozent) hält zudem den finanziellen Beitrag Deutschlands zur EU für zu hoch. Gleichwohl scheint der seit 2019 anhaltende Abwärtstrend in Bezug auf die Wahrnehmung des wirtschaftlichen und politischen Nutzens sowie der Vorteile der EU-Mitgliedschaft für Deutschland vorerst gestoppt.



Trends und politische Empfehlungen

- *Europa kooperativ mitgestalten:* Die Befragten bewerten den Führungsanspruch der neuen Bundesregierung positiv, plädieren aber deutlich für ein kooperatives Auftreten. Die Bundesregierung sollte deshalb einen entsprechenden Führungsstil in ihrer Europapolitik verfolgen und sich nicht aus nationalem Interesse wegen vermeintlich schneller Lösungen über EU-Recht hinwegsetzen.
- *Europas wirtschaftlichen Nutzen vermitteln:* Die Mehrheit der Befragten ist von den Vorteilen und dem politischen Nutzen der EU-Mitgliedschaft überzeugt und wünscht sich, dass Verteidigung, Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit zu Prioritäten deutscher EU-Politik werden. Eine ehrliche Debatte über europäische Lösungen kann verdeutlichen, dass hohe Erwartungen an die EU mit höheren Ausgaben einhergehen. Die neue Bundesregierung sollte aktiv vermitteln, dass Deutschland von der EU-Mitgliedschaft wesentlich stärker profitiert, als es finanziell beiträgt.
- *Europas klima- und sozialpolitisches Versprechen nicht vernachlässigen:* Wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit haben für die Befragten hohe Priorität. Diese Ziele können nicht auf Kosten von Klima- und Sozialpolitik erreicht werden. Im Gegenteil: Die Bewältigung der Klimakrise ist der Garant für Wettbewerbsfähigkeit und zentral für Sicherheit und die Resilienz der Demokratie. Soziale Mindeststandards – die z.B. von jüngeren Befragten erwartet werden – sind untrennbar mit der Erfahrung von Sicherheit verbunden. Die Bundesregierung sollte sich in der EU dafür einsetzen, dass der European Green Deal nicht weiter verwässert wird und Investitionen in Sicherheit auch sozial wirksam sind.

- *Europas Versprechen für Stabilität stärken:* Im Kontext globaler Unsicherheit erscheint die EU als Ort der Stabilität. Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft und der Wunsch nach europäischen Lösungen signalisieren, dass Deutschland die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger besitzt, sich für eine Union einzusetzen, die Grundbedürfnisse adressiert – auch über Verteidigung und Wirtschaftswachstum hinaus. Die neue Bundesregierung sollte finanzielle Verantwortung übernehmen, sodass die EU dieser Aufgabe gerecht werden kann.

1. Ziel und Methodik der Studie

Das vergangene Jahr war in der deutschen, europäischen und globalen Politik von besonders einschneidenden Entwicklungen geprägt. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine geht mit unverminderter Härte weiter. Alle Versuche, einen Waffenstillstand in der Ukraine zu erreichen, sind bis dato gescheitert. In den Vereinigten Staaten fand nach der Präsidentschaftswahl im November letzten Jahres ein Machtwechsel statt: Donald Trump kehrte ins Weiße Haus zurück und treibt seitdem einen tiefgreifenden, autoritären Staatsumbau voran. Die «America First»-Politik drückt sich nicht nur in harscher Rhetorik, sondern auch in bereits beschlossenen Maßnahmen aus: der Einführung von Zöllen für vorherige Verbündete und Gegner gleichermaßen, der Zerschlagung der US-Entwicklungszusammenarbeit sowie der Infragestellung der europäischen Sicherheitsarchitektur. Dazu untergräbt die US-Regierung die liberale Demokratie als Grundkonzept des Zusammenlebens in Europa. Auch in Europa schreitet der Rechtsruck voran. Die Europawahl 2024 stärkte die Rechtsaußen-Fraktionen maßgeblich. Auf nationaler Ebene gingen im vergangenen Jahr illiberale Populisten nicht nur in der Slowakei, Österreich und zuletzt bei der Präsidentschaftswahl in Polen, sondern quer durch den Kontinent gestärkt aus Wahlen hervor. In Deutschland setzte sich der Rechtsruck fort. Die AfD, die vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall beobachtet wird, erreichte bei der Bundestagswahl 2025 rund 20 Prozent der Stimmen und wurde damit zweitstärkste Kraft. Die liberale Demokratie und die Idee eines vereinten Europas stehen massiv unter Druck.

Die Veröffentlichung der diesjährigen Ausgabe der Langzeitstudie «Selbstverständlich europäisch!?» fällt in die ersten hundert Tage der neuen Bundesregierung von CDU/CSU und SPD. Diese steht vor großen Aufgaben. Erstens stellt die anhaltende wirtschaftliche Stagnation eine Herausforderung sowohl für deutsche Unternehmen als auch für die Bürgerinnen und Bürger dar. Trotz Zugewinnen liegen die Reallöhne in Deutschland immer noch rund zwei Prozent unter dem Niveau von 2019 und noch deutlicher unter den prognostizierten Entwicklungen vor der Covid-19-Pandemie.^[2] Zweitens hat sich in der Migrationspolitik nahezu aller Parteien – und auch auf gesamtgesellschaftlicher sowie EU-Ebene – ein Diskurs etabliert, der Abschottung, Zurückweisungen und Abschiebungen als die einzigen Lösungen präsentiert. Angesichts demographischer, wirtschaftlicher und sozialer Konsequenzen ausbleibender Zuwanderung steht die neue Bundesregierung in der Verantwortung, sachliche und praxisnahe Lösungsvorschläge für die realen Herausforderungen vorzulegen. Der gesellschaftliche Rückhalt für die Umsetzung und Finanzierung einer ambitionierten Klimapolitik schwindet und wird gegen die zunehmende Priorisierung von Verteidigung, Energiesicherheit und wirtschaftlicher Wettbewerbs-

2 Beschäftigungsausblick 2024 Ländernotiz: Deutschland, 9. Juli 2024, OECD, https://www.oecd.org/de/publications/oecd-beschäftigungsausblick-2024-landernotiz_b7e302d1-de/deutschland_d33330d3-de.html.

fähigkeit ausgespielt. Vor dem Hintergrund der instabilen geopolitischen Lage, des anhaltenden russischen Krieges gegen die Ukraine und der ebenfalls von Russland forcierten hybriden Kriegsführung bei gleichzeitiger Unsicherheit ob der Verlässlichkeit der USA im transatlantischen Sicherheitsgefüge ist schließlich auch die deutsche und europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik wieder oben auf der Tagesordnung. Es gilt, die europäische Verteidigungsfähigkeit sicherzustellen.

So stellte die Europäische Kommission den Plan «ReArm Europe/Readiness 2030» vor, der Ausgaben in Höhe von über 800 Mrd. EUR ermöglichen und die europäische Verteidigungsfähigkeit stärken soll.^[3] Die Dringlichkeit, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen, entfachte zudem in Deutschland erneut eine Debatte über die Schuldenbremse. In der Folge beschloss noch der alte Bundestag ein 500 Mrd. EUR schweres Sondervermögen für die Infrastruktur. Zudem sind Verteidigungsausgaben über ein Prozent des BIP von nun an von der Schuldenbremse ausgenommen.

Als Reaktion auf diese Entwicklungen kündigte der neue Bundeskanzler an, eine Führungsrolle in Europa übernehmen zu wollen. Enthaltungen bei Abstimmungen im Europäischen Rat aufgrund von Differenzen in der Regierungskoalition – der sogenannte «German vote» – sollen der Vergangenheit angehören. Im Koalitionsvertrag wird diese Stoßrichtung des deutschen Engagements in der EU umrissen: «Mut, Entschlossenheit und europäische Antworten sind das Gebot der Stunde (...) Mehr denn je braucht die EU ein starkes Deutschland (...).»^[4]

Die vorliegende Studie greift diese zentralen Fragestellungen auf: Wie bewerten die Bürgerinnen und Bürger die Rolle Deutschlands in der EU und welches Auftreten wünschen sie sich von der Bundesregierung in Brüssel? Welche europapolitischen Prioritäten sollten nach Meinung der Bürgerinnen und Bürger für die neue Bundesregierung Vorrang haben? Wie schätzen die Bürgerinnen und Bürger die Rolle der EU bei der Lösung der oben genannten Herausforderungen ein? Wie sollte sich die EU angesichts der maßgeblichen finanzpolitischen Veränderungen auf nationaler und EU-Ebene im Bereich Verteidigung entwickeln? Und wie steht es um Themen, die noch vor Kurzem im Zentrum der politischen Debatte standen – etwa Klimaschutz, soziale Sicherheit und die Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit? Wie in den vergangenen Jahren soll diese Studie eine Debatte über die Zukunft der deutschen Europapolitik anregen.

3 Eine neue Ära für die europäische Verteidigung und Sicherheit, Europäische Kommission, Generaldirektion Kommunikation, https://commission.europa.eu/priorities-2024-2029/security-and-defence_de.

4 Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 21. Legislaturperiode, Kapitel 5.2 Europa, 4301-4, S. 135, https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf.

Methodik der Studie

Für die vorliegende Studie hat das Meinungsforschungsunternehmen Civey im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung zwischen dem 5. und 8. Mai 2025 5.000 Personen online befragt. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die Einwohnerinnen und Einwohner der Bundesrepublik Deutschland ab 18 Jahren. Der statistische Fehler der Gesamtergebnisse liegt bei 2,6 Prozent. Bei einigen Fragen waren Mehrfachnennungen möglich.

Der Fragebogen besteht aus zwei Teilen: Der erste Teil ist identisch zu den Vorgängerstudien und untersucht primär das Selbstbild der Bürgerinnen und Bürger in der EU. Dieses Selbstbild wird in drei Dimensionen gemessen, die auf Basis von Interviews mit Fokusgruppen in 2019 entwickelt und 2021 erneut überprüft wurden. Die Dimensionen beziehen sich auf die Bewertung der politischen Rolle Deutschlands in der EU (z. B. aktiv oder passiv), finanzpolitischen Aspekten (z. B. deutscher EU-Beitrag) und der EU-Mitgliedschaft an sich (z. B. Kosten-Nutzen-Verhältnis). Das Selbstbild bildet jene Aspekte ab, die von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der Gruppendiskussionen selbst herangezogen wurden, um ihre Wahrnehmung von Deutschlands Rolle in der EU, der deutschen Europapolitik und ihre Haltung zu dieser Politik zu beschreiben.

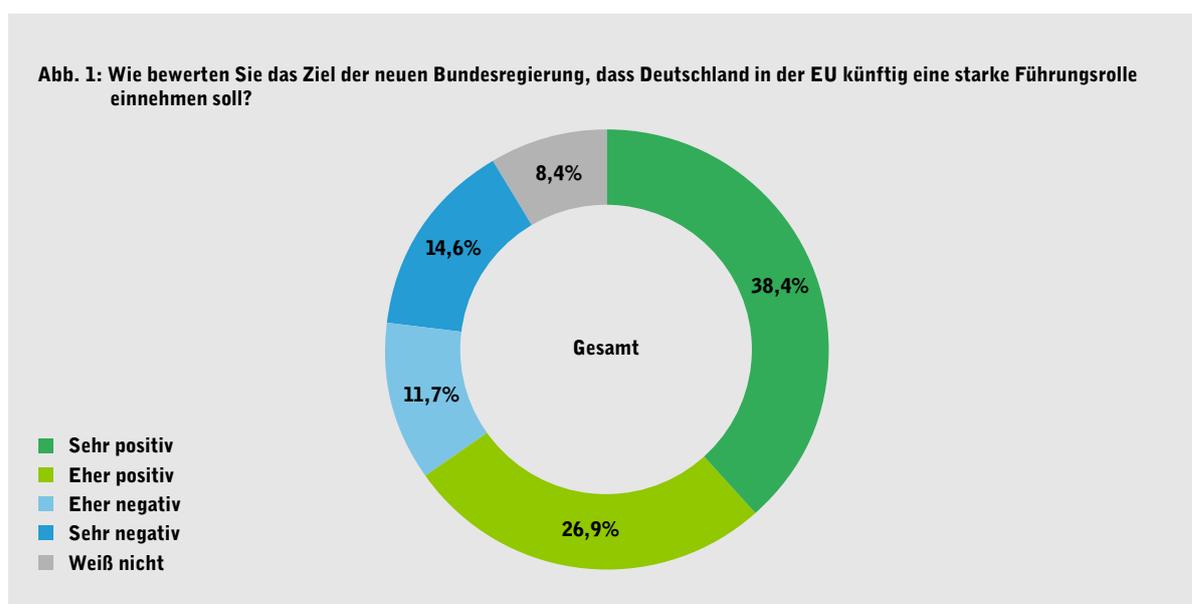
Der zweite Teil des Fragebogens besteht aus vier Fragen zu aktuellen Themen der Europapolitik. Die diesjährige Studie befasst sich mit der Haltung und Stimmung der Bürgerinnen und Bürger bezüglich der angekündigten Führungsrolle Deutschlands in Europa und den Prioritäten der deutschen Europapolitik.

2. Repräsentative Umfrage zur Rolle Deutschlands in der EU

Die Ergebnisse der diesjährigen Erhebung geben einen Einblick in die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem von Bundeskanzler Friedrich Merz formulierten Führungsanspruch Deutschlands in Europa. Sie zeigen zudem auf, welche europäischen Prioritäten die Bürgerinnen und Bürger als besonders relevant erachten und in welchen Bereichen sie mehr gemeinsame Ausgaben begrüßen. Die größtenteils als Langzeitstudie angelegte Umfrage^[5] beleuchtet auch die Entwicklung des Selbstbildes der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich Deutschlands Rolle in der EU und die Bewertung der Vor- und Nachteile der EU-Mitgliedschaft. Im Folgenden werden die Ergebnisse der Umfrage dargestellt.

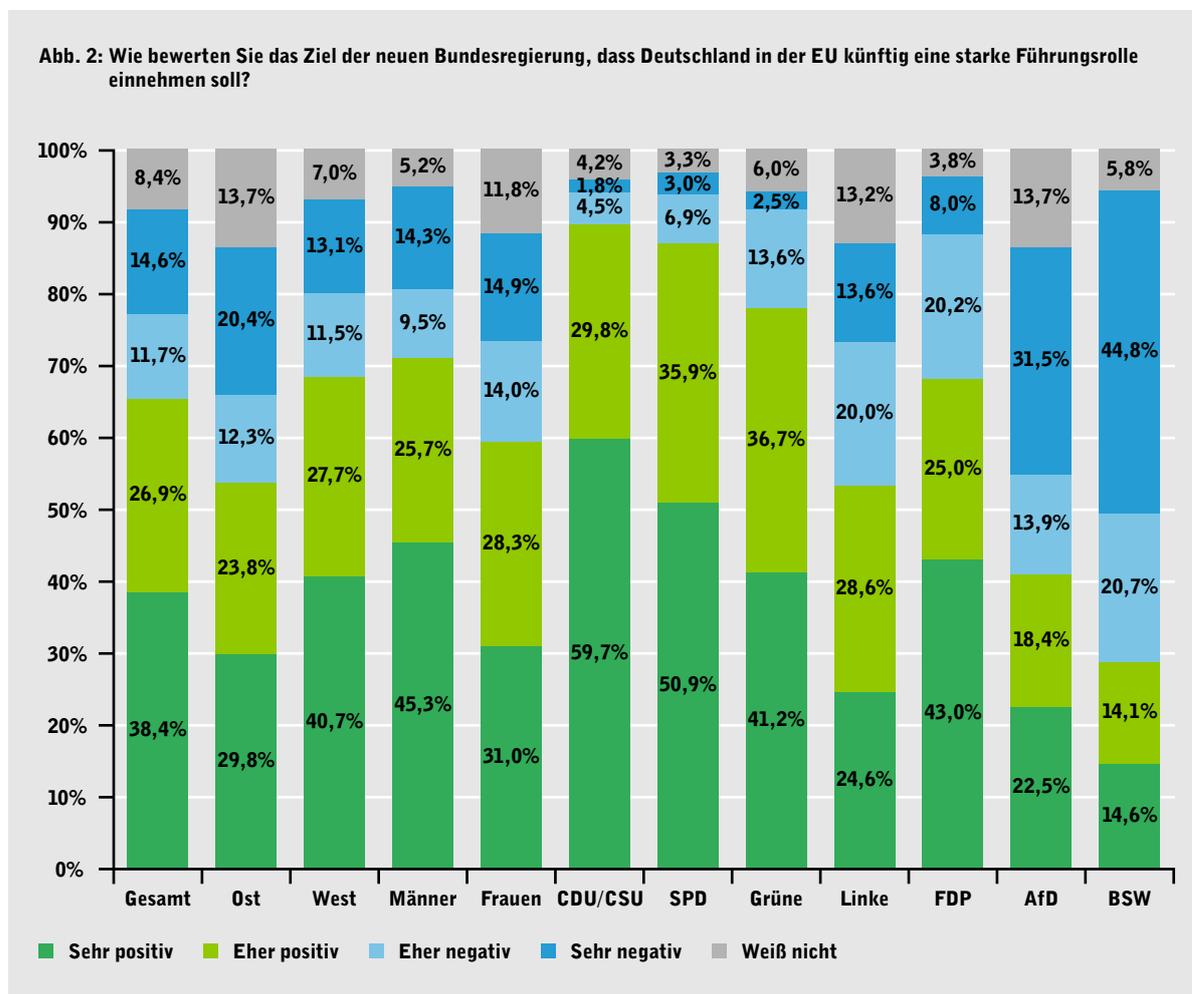
2.1 Zustimmung für eine stärkere Führungsrolle Deutschlands in der EU

Der im Koalitionsvertrag umrissene europäische Fokus findet in der Gesellschaft breite Unterstützung. Etwa zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger (65,3 Prozent) bewerten eine stärkere Führungsrolle Deutschlands in der EU als eher positiv (26,9 Prozent) oder sehr positiv (38,4 Prozent). Unter den Befragten, die diesem Ziel skeptisch gegenüberstehen (26,3 Prozent), bezeichnen 14,6 Prozent ihre Einstellung als sehr negativ und 11,7 Prozent als eher negativ.



5 Neun immer gleiche Fragen werden jährlich an eine wechselnde repräsentative Stichprobe von Befragten gestellt. Hinzu kommen jährlich neue Fragen mit Aktualitätsbezug.

Die Einstellung gegenüber einer verstärkten deutschen Führungsrolle in Europa ist stark mit drei Variablen verbunden. Der erste Faktor ist die Parteipräferenz. Die CDU/CSU-Wählerinnen und -Wähler stehen dieser Richtung am positivsten gegenüber (89,5 Prozent), gemeinsam mit denen der SPD (86,8 Prozent) und der Grünen (77,9 Prozent). Die Haltung der Anhängerinnen und Anhänger von FDP (68 Prozent) und Die Linke (53,2 Prozent) ist gemäßigter, aber insgesamt positiv. Im Gegensatz dazu positionieren sich die Anhängerinnen und Anhänger der AfD (40,9 Prozent) und des BSW (28,7 Prozent) klar gegen eine stärkere Führungsrolle Deutschlands in der EU. Der zweite Faktor ist der Wohnort. Es besteht ein deutlicher Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland, wobei die Befragten im Westen dem Ziel der Bundesregierung gegenüber aufgeschlossener und entschiedener sind (68,4 Prozent positiv; 7 Prozent weiß nicht) als im Osten (53,6 Prozent positiv; 13,7 Prozent weiß nicht). Der dritte Faktor ist das Geschlecht: Mehr Männer (71 Prozent) als Frauen (59,3 Prozent) wünschen sich, dass Deutschlands Führungsrolle in der EU wächst.



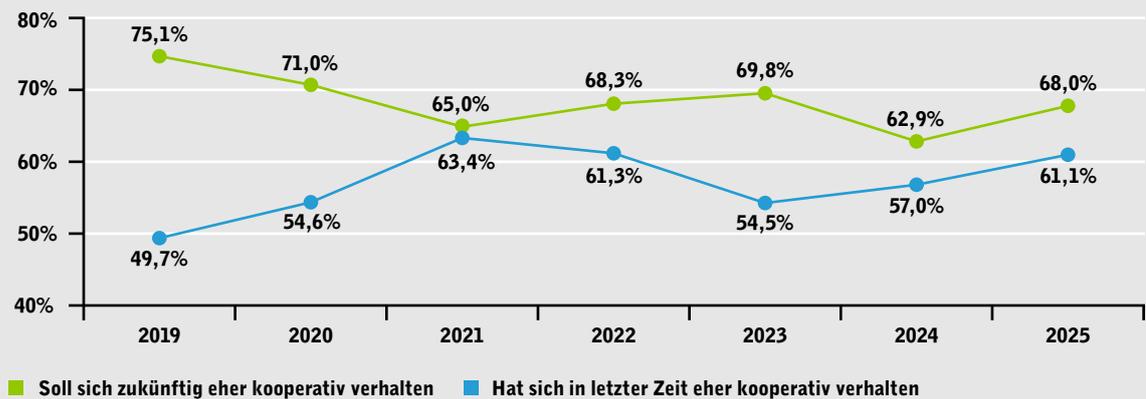
Eine differenzierte Betrachtung zeigt auch, dass vor allem junge Menschen (62 Prozent) und die Älteren (72,8 Prozent) die größte Unterstützung für eine Führungsrolle Deutschlands in der EU zeigen. Skeptisch sind die Bürger und Bürgerinnen mittleren Alters (55,7 Prozent). Insgesamt besteht jedoch ein generationenübergreifender Konsens. Ebenfalls relevant ist die berufliche Stellung. Hier korreliert die Zustimmung zur deutschen Führungsrolle mit steigender beruflicher Position (Arbeitende 57,7 Prozent; Beamte 70,7 Prozent).

2.2 Deutschland soll sich kooperativ und aktiv in der EU verhalten

Während der Koalitionsvertrag eine klare Stoßrichtung beinhaltet, herrscht in Bezug auf die inhaltliche Ausgestaltung eines deutschen Führungsanspruchs und die Art und Weise der Zusammenarbeit der Bundesregierung mit ihren europäischen Partnern weniger Klarheit. Die vorliegenden Ergebnisse bieten einen differenzierten Einblick in die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an das internationale Auftreten der Bundesregierung sowie bezüglich der Prioritäten ihrer Europapolitik – und bilden damit eine wesentliche Grundlage, um den formulierten Führungsanspruch mit Leben zu füllen.

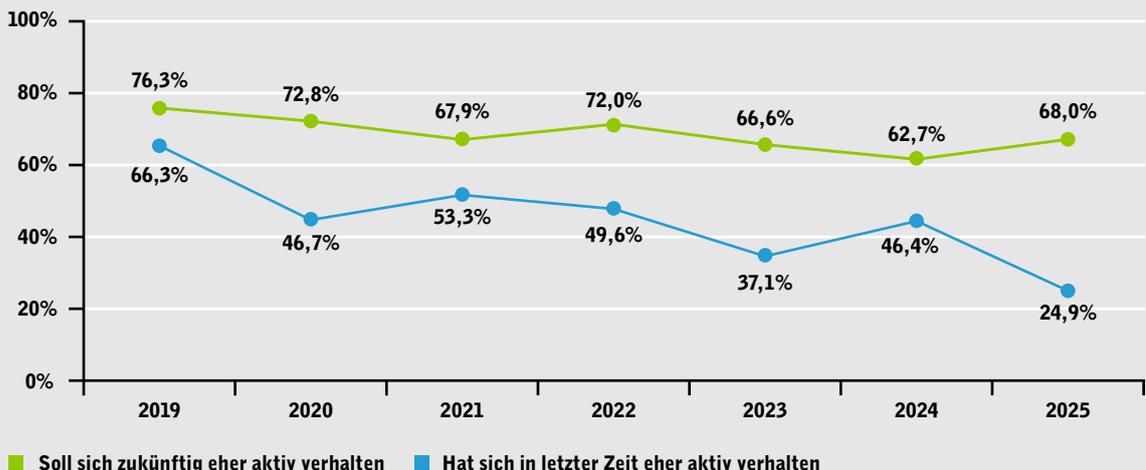
Die vorliegende Studie untersucht in diesem Zusammenhang seit 2019, ob die Menschen das Verhalten der Bundesregierung in Europa rückblickend als aktiv oder weniger aktiv wahrnehmen und ob sie das Auftreten Deutschlands zuletzt als kooperativ oder dominant empfanden. Hinzu kommt die Frage, welches Verhalten sie sich zukünftig in dieser Hinsicht wünschen. Neben der Erwartung einer starken Führungsrolle Deutschlands in der EU wünscht sich eine große Mehrheit der Befragten in Zukunft auch ein kooperatives (68 Prozent) und aktives (68 Prozent) Auftreten und Handeln der Bundesregierung. Mit anderen Worten: Trotz des Wunsches nach einer aktiveren Führungsrolle in der EU wird die deutsche Dominanz über andere Mitgliedstaaten und deren Interessen nicht als zielführend gesehen. Diese kooperative Haltung ist in der angekündigten Strategie der amtierenden Regierung noch nicht eindeutig zum Ausdruck gekommen. Während im Ost-West-Vergleich der Wunsch nach einer aktiven Europapolitik vor allem im Westen der Republik überwiegt (72,1 Prozent im Westen; 52,4 Prozent im Osten), besteht in Bezug auf die Forderung nach einer kooperativen Europapolitik geographisch kein bedeutender Unterschied (67,5 Prozent im Westen; 69,8 Prozent im Osten). Daraus ergibt sich ein klarer Auftrag für eine aktive und zugleich kooperative Führungsrolle der Bundesregierung in Brüssel, die auf Konsens und Lastenteilung begründet ist.

Abb. 3: Soll/Hat sich Deutschland Ihrer Meinung nach gegenüber anderen EU-Ländern eher kooperativ verhalten?



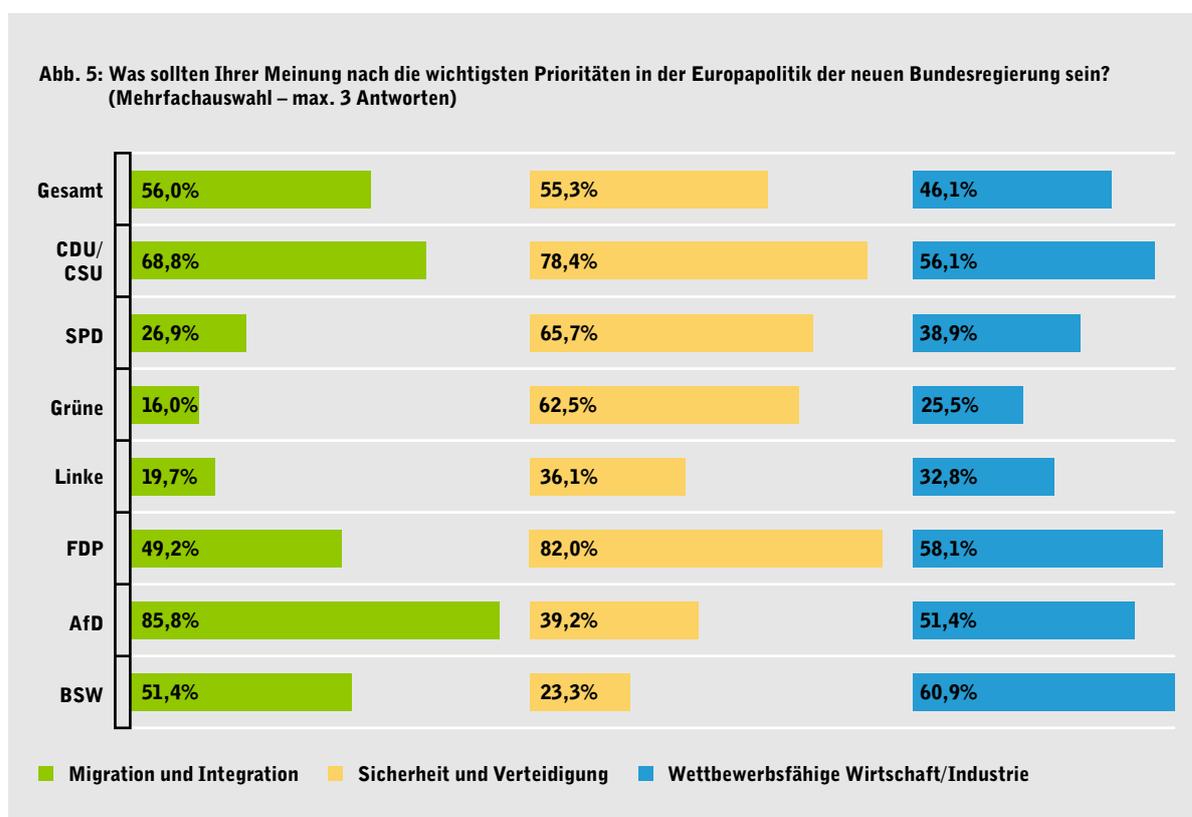
Die Ergebnisse zeigen außerdem im Vergleich zum Vorjahr eine deutliche Veränderung in der Wahrnehmung der Rolle Deutschlands in Europa auf. Beschleunigten 2024 rückblickend noch 46,4 Prozent der Befragten der Bundesregierung eine aktive Europapolitik, so sind es heute nur noch 24,9 Prozent. Dieser auffällige Rückgang von über 20 Prozent auf den bis dato niedrigsten gemessenen Wert seit 2019 zeigt, dass das Auftreten Deutschlands in Brüssel durchaus genau beobachtet wird und der sogenannte «German vote» – verbunden mit einem Mangel an eigenen Initiativen – nicht den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger entspricht. Gleichzeitig wurde das Verhalten Deutschlands in der EU zuletzt ebenfalls als weniger dominant wahrgenommen als in den Jahren zuvor. 25,7 Prozent schätzen das Verhalten in der Rückschau als dominant ein, was einem Rückgang von ca. 10 Prozent im Vergleich zum Jahr 2023 entspricht.

Abb. 4: Soll/Hat sich Deutschland Ihrer Meinung nach in der EU aktiv verhalten?



2.3 Migration und Integration, Verteidigung und Wettbewerbsfähigkeit als oberste Prioritäten

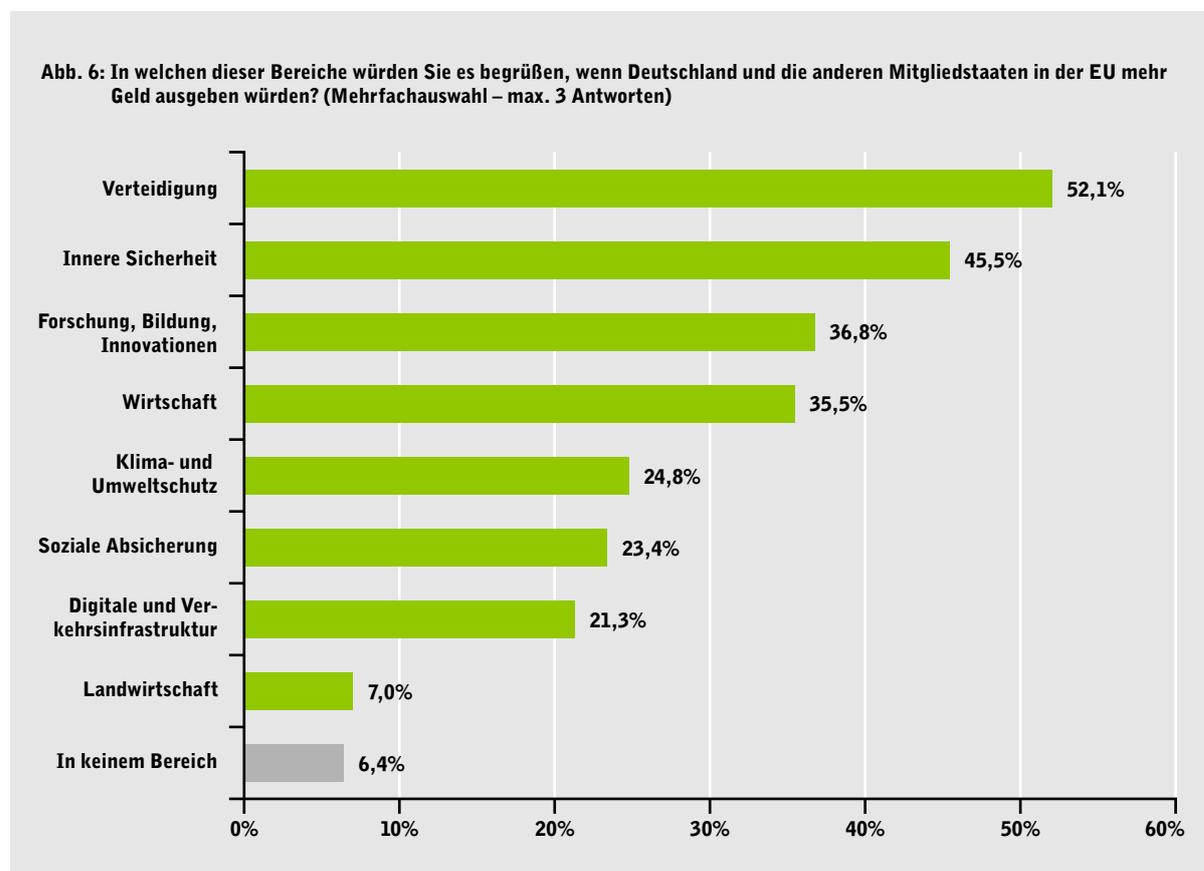
Für einen Einblick in die gewünschte inhaltliche Fokussierung der deutschen EU-Politik wurden die Bürgerinnen und Bürger auch zu den europapolitischen Prioritäten der neuen Bundesregierung befragt. Hier zeigt sich, dass die aktuellen Herausforderungen – Russlands Krieg gegen die Ukraine, wirtschaftliche Stagnation, schwelende Handelskonflikte und die Herausforderungen in der Migrationspolitik – sichtbare Auswirkungen haben: Sicherheit und Verteidigung dominieren die öffentliche Debatte. Bei der Frage nach den wichtigsten europapolitischen Prioritäten aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger liegen drei Bereiche weit vorne: Migration und Integration (56 Prozent), Sicherheit und Verteidigung (55,3 Prozent) und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit (46,1 Prozent).



In der Auswertung der Prioritäten nach Parteipräferenz zeigt sich eine deutliche Polarisierung. So ist für Wählerinnen und Wähler der AfD (85,8 Prozent) und der CDU/CSU (68,8 Prozent) die Migrationspolitik eine zentrale Herausforderung, während sie für Wählerinnen und Wähler der Linken (19,7 Prozent) und der Grünen (16 Prozent) kein akutes Thema ist. Sicherheit und Verteidigung sind nach Meinung von Wählerinnen und Wähler der FDP (82 Prozent), CDU/CSU (78,4 Prozent), SPD (65,7 Prozent) und Grünen (62,5 Prozent) zentrale Prioritäten für Europa – die Parteilager von AfD (39,2 Prozent), Linke (36,1 Prozent) und BSW (23,3 Prozent) priorisieren hier deutlich niedriger. Eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und Industrie hat quer durch das Parteienspektrum eine

relativ hohe Priorität, wenngleich Anhängerinnen und Anhänger von SPD (38,9 Prozent), Linken (32,8 Prozent) und Grünen (25,5 Prozent) hier unter dem Durchschnitt liegen.

Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei der Frage nach den Bereichen für zusätzliche gemeinsame EU-Investitionen ab. Hier führen Verteidigung (52,1 Prozent), innere Sicherheit (45,5 Prozent), Forschung, Bildung und Innovationen (36,8 Prozent) sowie Wirtschaft (35,5 Prozent) die Rangliste an, gefolgt von Klima- und Umweltschutz (24,8 Prozent), soziale Absicherung (23,4 Prozent), Digital- und Verkehrsinfrastruktur (21,3 Prozent) sowie Landwirtschaft (7 Prozent). Nur 6,4 Prozent der Befragten sehen keinen Bedarf für zusätzliche gemeinsame Investitionen. Diese Reihenfolge hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Zum Beispiel befürworteten im Jahr 2022 noch gut 42 Prozent der Befragten mehr gemeinsame Ausgaben für Klima- und Umweltschutz und 38 Prozent für soziale Absicherung.

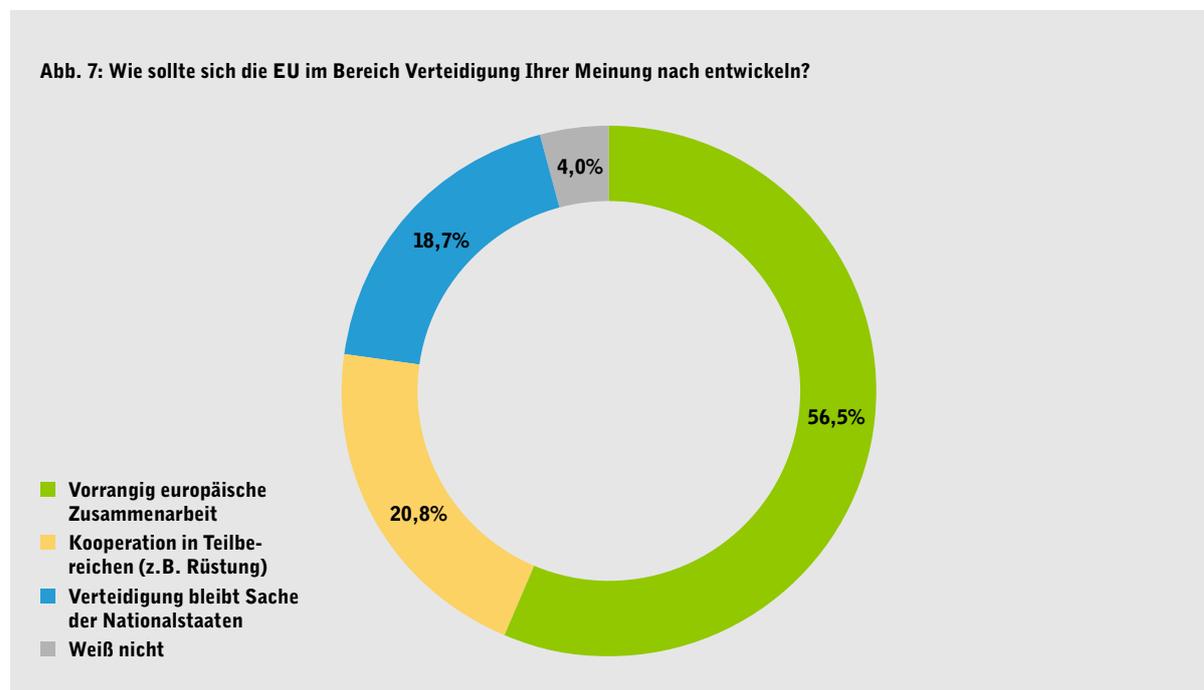


Sowohl hinsichtlich der europapolitischen Prioritäten der Befragten als auch der Bereiche, in denen sie zusätzliche Ausgaben begrüßen, zeigt die Auswertung nach demographischen Variablen interessante Unterschiede auf. So ist die Zustimmung für gemeinsame Investitionen zur sozialen Absicherung im Osten des Landes deutlich höher (35,9 Prozent im Osten; 20,2 Prozent im Westen), während Verteidigungsausgaben dort wiederum einen geringeren Stellenwert haben (34,2 Prozent im Osten; 56,8 Prozent im Westen). Die Priorisierung sozialer Mindeststandards hat für die jüngste Altersgruppe (18-29 Jahre) im Verhältnis den höchsten Stellenwert (28,7 Prozent). Die Daten zeigen auch, dass Haushalte mit Kindern zurückhaltender sind, wenn es darum geht, sich stärker auf Sicherheit und

Verteidigung zu konzentrieren. So befürworteten nur 42,6 Prozent der Haushalte mit Kindern mehr Investitionen in die Verteidigung (vgl. Haushalte ohne Kinder: 54,5 Prozent) und liegen auch bei der Priorisierung von Verteidigung (42,5 Prozent) deutlich unter dem Durchschnitt (vgl. Haushalte ohne Kinder: 58,5 Prozent). Auch beim Thema Klima- und Umweltschutz zeigt die Auswertung nach demographischen Variablen unter anderem, dass 48,7 Prozent der jungen Menschen, die noch in Ausbildung sind, mehr Investitionen in den Klimaschutz fordern – in etwa doppelt so viel wie der Durchschnitt aller Befragten. Trotz akuter geopolitischer Herausforderungen ist das Versprechen Europas, für mehr soziale Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalt zu sorgen, für viele Bürgerinnen und Bürger immer noch aktuell.

2.4 Wunsch nach einer europäischen Verteidigungspolitik

Im Koalitionsvertrag ist die Stärkung der gemeinsamen europäischen Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit als Priorität verankert.^[6] Gleichwohl äußerte Bundeskanzler Merz in seiner Regierungserklärung das Ziel, Deutschland solle die konventionell stärkste Armee Europas aufbauen.^[7] Hier besteht noch Klärungsbedarf zwischen dem Anspruch eines stärkeren europäischen Engagements in Verteidigungsfragen und der Absicht, vor allem nationale militärische Kapazitäten stärker in den Vordergrund zu stellen.



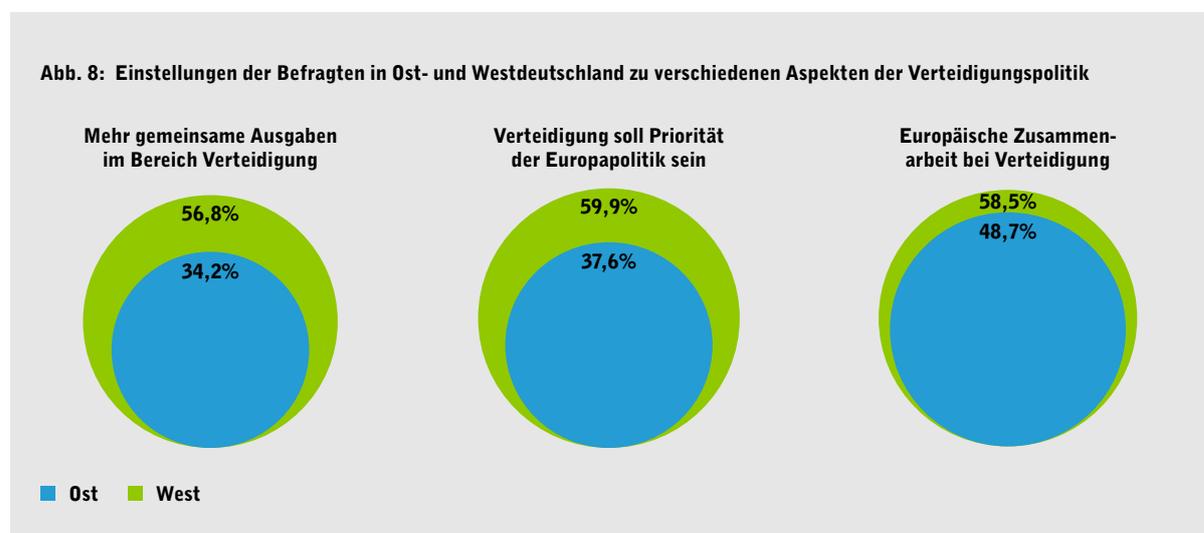
6 Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 21. Legislaturperiode, Kapitel 5.2 Europa, 4395-404, S. 137-8, https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf.

7 Erste Regierungserklärung «Verantwortung für Deutschland», Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 14. Mai 2025, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/erste-regierungserklaerung-kanzler-merz-2347354>.

Die Ergebnisse der Studie zeigen: Die Bürgerinnen und Bürger sind hier klarer und denken europäisch. Als Antwort auf die Frage, wie sich die EU im Bereich Verteidigung entwickeln soll, wünscht sich mehr als die Hälfte der Befragten (56,5 Prozent), dass europäische Verteidigung in erster Linie zur gemeinsamen Aufgabe wird. 20,8 Prozent plädieren für eine Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen, z.B. in der Rüstungspolitik. Die Minderheit (18,7 Prozent) spricht sich dafür aus, dass Verteidigung allein eine nationale Aufgabe bleiben soll.

In Bezug auf die Zustimmung zu einer stärker europäisch gedachten Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind vor allem die Parteipräferenz und der Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland wichtige Variablen. Eine stark europäisch geprägte Einstellung zu Sicherheit und Verteidigung ist in den Lagern der Grünen (82,8 Prozent), der SPD (76,3 Prozent) und der Linken (71 Prozent) zu beobachten. Die Wählerinnen und Wähler der FDP (68,9 Prozent) und CDU/CSU (64,5 Prozent) vertreten eine etwas gemäßigtere, aber dennoch klar pro-europäische Position. Nicht zuletzt lässt sich ein starker Widerstand von AfD (27,6 Prozent) und BSW-Wählerinnen und -Wählern (30,9 Prozent) beobachten, die eine gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik eher ablehnen.

Im Ost-West-Vergleich zeichnen die Ergebnisse ein interessantes Bild. So wird die Priorität von Verteidigung in West- und Ostdeutschland unterschiedlich gesehen (59,9 Prozent im Westen; 37,6 Prozent im Osten) und auch die Bereiche, in denen mehr gemeinsame Ausgaben gefordert werden (56,8 Prozent im Westen; 34,2 Prozent im Osten), werden sehr unterschiedlich eingeschätzt. Währenddessen wird die Europäisierung der Verteidigungspolitik im Osten vergleichsweise positiv gesehen, ohne deutliche Unterschiede zwischen Ost (48,7 Prozent) und West (58,5 Prozent). Möglicherweise verbinden die Befragten aus Ostdeutschland mit einer verstärkten Zusammenarbeit in diesem Bereich eine Verlagerung der Kosten solcher Investitionen auf die europäische Ebene (Lastenteilung) oder sie meinen, ein unerwünschtes direktes Engagement in laufenden militärischen Konflikten ließe sich dadurch vermeiden. Eine überdurchschnittlich hohe Zustimmungsrates für europäische Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik ist darüber hinaus auch bei den Altersgruppen 30-39 (62,8 Prozent) und 65+ (64,4 Prozent) festzustellen.



2.5 Schwindender Rückhalt für europäischen Klimaschutz

Die Verschiebung der politischen Prioritäten beeinflusst auch die Einstellung zur Klimapolitik. Im Koalitionsvertrag wird der Klimaschutz im EU-Kontext kaum erwähnt: «Auf dem von der EU eingeschlagenen Weg zur Klimaneutralität bis 2050 denken wir ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit zusammen»,^[8] heißt es.

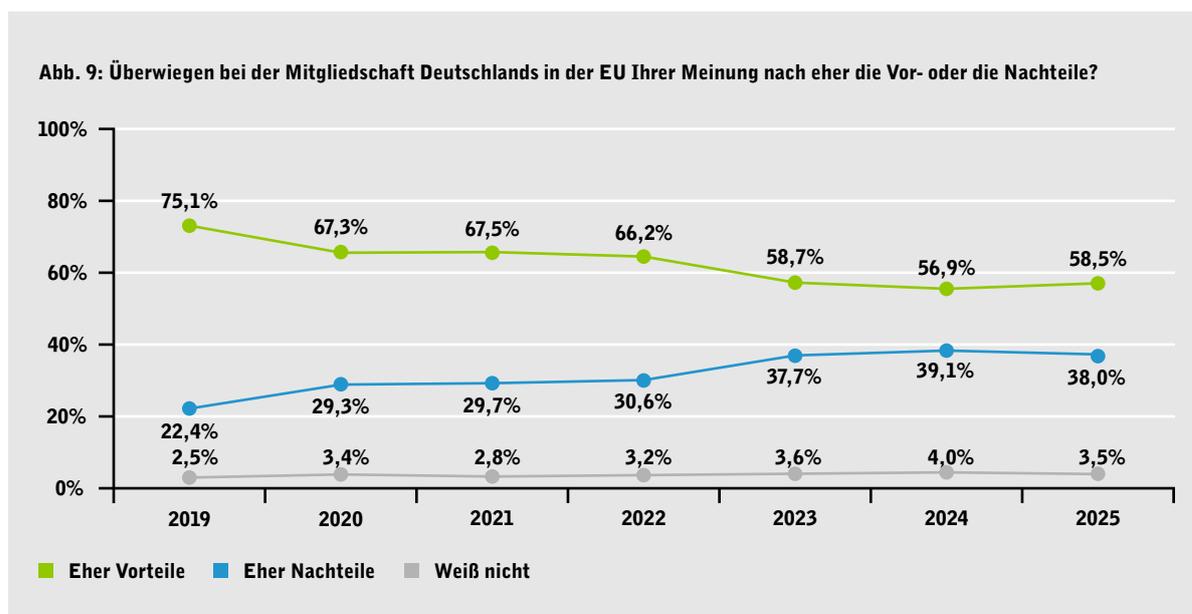
Auch bei den Befragten hat Klimaschutz als politische Maßnahme an Bedeutung verloren. Das ist eine Entwicklung, die sich vor allem in den letzten zwei Jahren verstärkt hat. Im Jahr 2022 wurden noch von 42,2 Prozent der Befragten mehr gemeinsame EU-Ausgaben für den Klima- und Umweltschutz befürwortet. Vergangenes Jahr waren es noch 26,2 Prozent und 2025 nur 24,8 Prozent. Auf der Liste der bevorzugten politischen Prioritäten für die Europapolitik der neuen Regierung stehen Klima- und Umweltschutz ebenfalls weit unten (20,3 Prozent).

Die Einstellung zur Klimapolitik ist zudem stark gespalten, der signifikanteste Faktor bleibt dabei die Parteipräferenz. Für Menschen, die beabsichtigen, die Grünen zu wählen, hat Klimaschutz bei Weitem die höchste Priorität (69,4 Prozent). Es folgen Die Linke (48,5 Prozent) und die SPD (30,6 Prozent). Unter den potenziellen Wählerinnen und Wählern der Grünen begrüßen 82,9 Prozent, dass mehr finanzielle Mittel für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen mobilisiert werden. Auch hier folgen Die Linke (61,7 Prozent) und die SPD (36,4 Prozent). Die Ergebnisse bestätigen die Hypothese, dass das Thema Klima- und Umweltschutz an Bedeutung verliert, je weiter rechts im politischen Spektrum sich die Befragten verorten. Die Wählerinnen und Wähler der Unionsparteien (7,1 Prozent) und der AfD (1,3 Prozent) sind am wenigsten an diesem Thema als Priorität für Europa und als Investitionsbereich (CDU/CSU 10,1 Prozent; AfD 2,2 Prozent) interessiert.

8 Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 21. Legislaturperiode, Kapitel 5.2 Europa, 4340-2, S. 136, https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf.

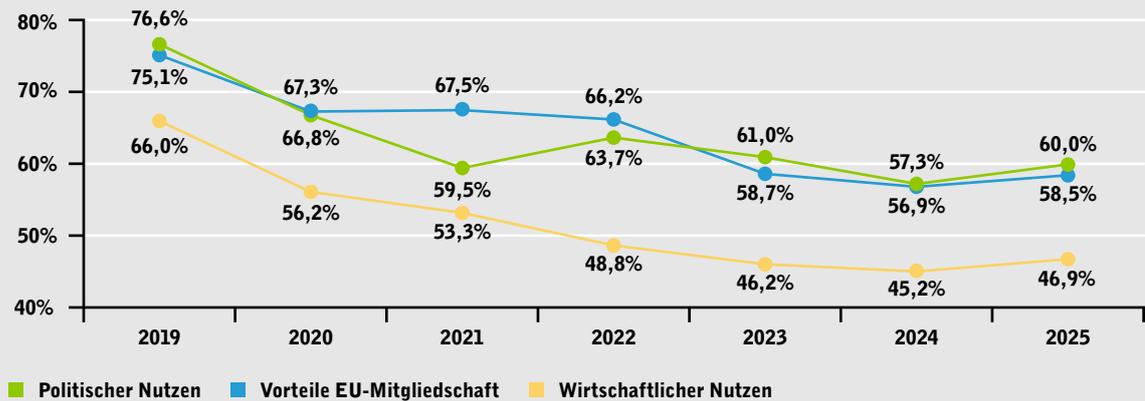
2.6 Vorteile der EU-Mitgliedschaft überwiegen

Der Wunsch nach einer aktiven und kooperativen Rolle Deutschlands in der EU, die Zustimmung zu gemeinsamen Ausgaben zur Umsetzung verschiedener europapolitischer Prioritäten sowie der Wunsch nach einer stärkeren Integration im Verteidigungsbereich lassen sich als Beleg einer unverändert positiven Grundhaltung der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der deutschen EU-Mitgliedschaft interpretieren. Auch diesbezüglich untersucht die vorliegende Studie nun zum siebten Jahr in Folge verschiedene Fragestellungen zum politischen und wirtschaftlichen Nutzen der EU in der Bevölkerung.



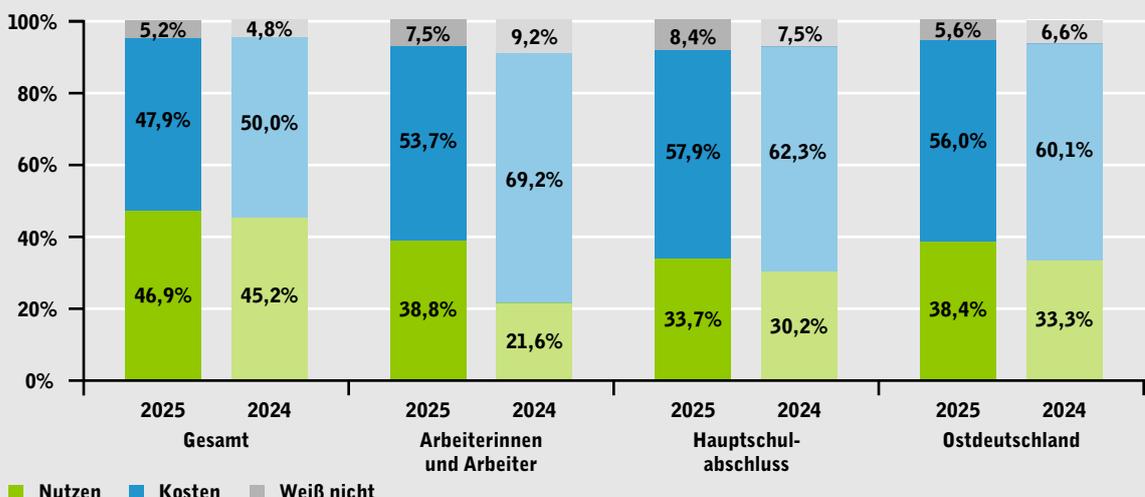
Für eine Mehrheit der Befragten überwiegen 2025 in der EU-Mitgliedschaft die Vorteile (58,5 Prozent), und knapp 40 Prozent der Befragten sind sogar davon überzeugt, dass die Vorteile *eindeutig* überwiegen. In der Langzeitbetrachtung fällt auf, dass die Überzeugung, die Vorteile würden überwiegen, seit 2019 (75,1 Prozent) deutlich nachgelassen hat. Allerdings lässt sich mit dem diesjährigen Ergebnis eine Stabilisierung (vgl. 2024: 56,9 Prozent) feststellen. Ob eine Trendumkehr erfolgt, ist noch nicht absehbar. Die pro-europäische Haltung ist vergleichsweise besonders ausgeprägt in Westdeutschland (60,5 Prozent), bei Angestellten (60,3 Prozent), der Generation 65+ (66,1 Prozent), bei Menschen in Ausbildung (76,8 Prozent) und Personen mit Abitur (64,3 Prozent). Die Diagnose einer stabilen pro-europäischen Grundeinstellung wird dadurch untermauert, dass eine klare Mehrheit von 60 Prozent der Meinung ist, dass Deutschland seine politischen Ziele eher mit als ohne die EU erreichen kann. Der Abwärtstrend, der hier ebenfalls seit 2019 (76,6 Prozent) anhält, scheint vorerst gestoppt und es lässt sich ein leichter Anstieg in der Kategorie «mit der EU» beobachten (vgl. 2024: 57,3 Prozent).

Abb. 10: Anteil der Befragten, für die der wirtschaftliche Nutzen, der politische Nutzen und die Vorteile der EU überwiegen

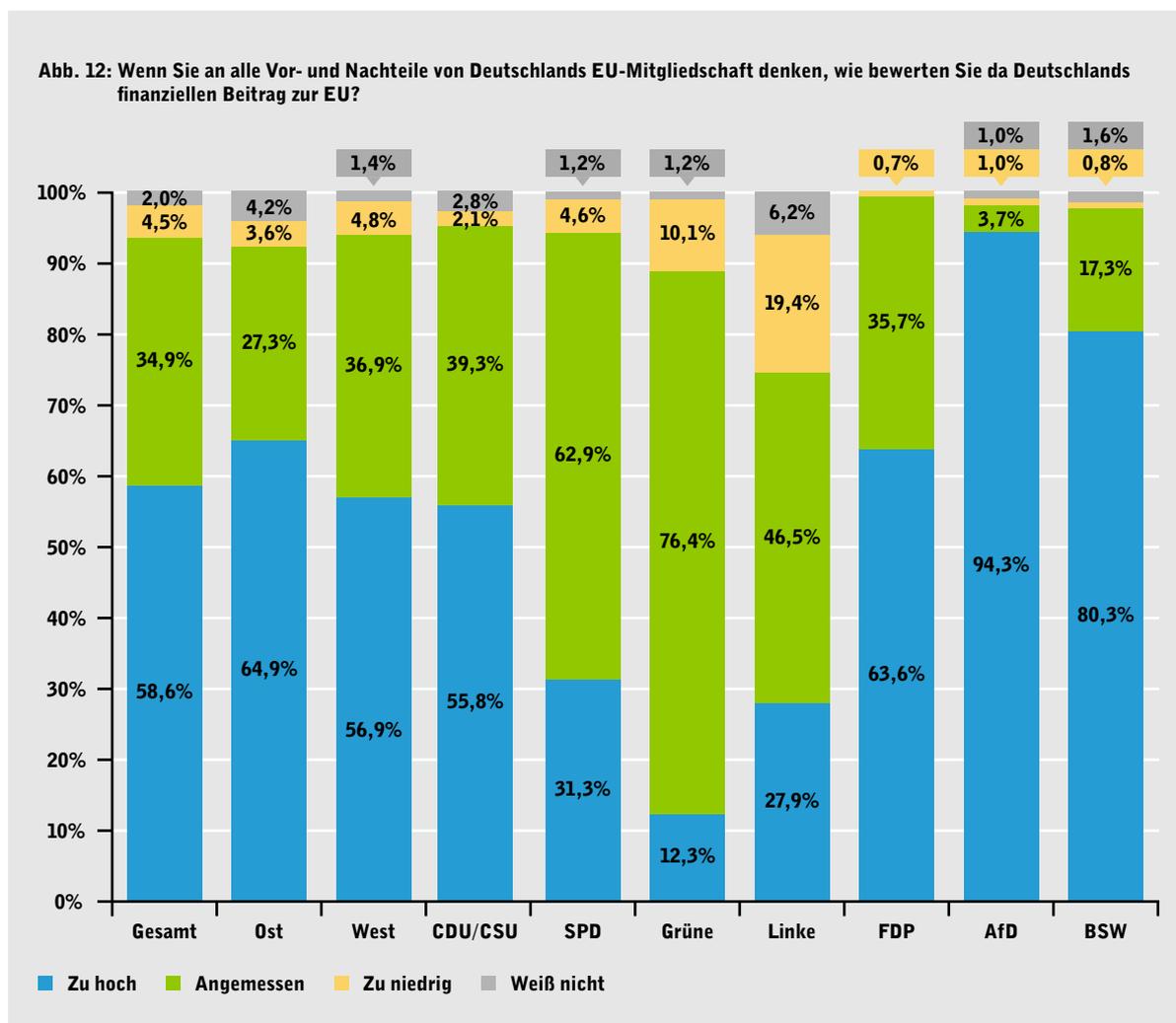


Trotz einer hohen Zustimmung für die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU übersteigen für eine knappe relative Mehrheit der Befragten – rein wirtschaftlich gesehen – die Kosten (47,9 Prozent) den Nutzen (46,9 Prozent). Innerhalb der Antwortkategorien ist dennoch eine positive Veränderung zu den Ergebnissen aus 2024 zu beobachten. So hat sich der Anteil derer, die der Meinung sind, dass der wirtschaftliche Nutzen die Kosten *eindeutig* überwiegt, um knapp 4 Prozentpunkte erhöht. Zudem liefern die Ergebnisse in der Auswertung nach sozioökonomischen bzw. geographischen Variablen einen interessanten Vergleich zum Vorjahr. In allen zuvor – aufgrund ihrer eher skeptischen Haltung zum wirtschaftlichen Nutzen der EU – ausgewerteten Variablen (Arbeiterinnen und Arbeiter, Menschen mit Hauptschulabschluss und Menschen aus Ostdeutschland) sind Verschiebungen hin zu einer positiveren Bewertung des wirtschaftlichen Nutzens zu beobachten; allen voran bei Arbeiterinnen und Arbeitern mit einem Plus von 17,2 Prozent.

Abb. 11: Überwiegen bei Deutschlands EU-Mitgliedschaft rein wirtschaftlich gesehen Ihrer Meinung nach eher die Kosten oder eher der Nutzen? (Vergleich 2025 und 2024)



Eine Mehrheit (58,6 Prozent) hält den finanziellen Beitrag Deutschlands zur EU für zu hoch, im Vergleich zu etwa einem Drittel (34,9 Prozent), die ihn als angemessen einschätzen und 4,5 Prozent, für die er zu niedrig ist. Entsprechend ist diese Einstellung in mehreren Parteilagern vertreten. Anhängerinnen und Anhänger von AfD (94,3 Prozent), BSW (80,3 Prozent), FDP (63,6 Prozent) und CDU/CSU (55,8 Prozent) sind alle mehrheitlich davon überzeugt, dass der Beitrag Deutschlands zu hoch ist. Auch der Ost-West-Vergleich differenziert wieder die Antworten. Trotz hoher Investitionen durch die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds^[9] sind Menschen in Ostdeutschland eher der Meinung, dass die finanzielle Belastung zu hoch ist (64,9 Prozent) und dass, wirtschaftlich gesehen, die Kosten den Nutzen überwiegen (56 Prozent), im Vergleich zu Menschen in Westdeutschland (56,9 Prozent bzw. 45,9 Prozent). Für die Bewertung der Vor- und Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft sowie des politischen und wirtschaftlichen Nutzens liegt allerdings eine klare Spaltung der Parteilager (AfD versus Rest) vor. Einzig Anhängerinnen und Anhänger der AfD bewerten die EU-Mitgliedschaft klar zu Deutschlands Nachteil (82,7 Prozent) und sind als einzige mit großem Abstand davon überzeugt (73,5 Prozent), dass Deutschland seine politischen Ziele besser ohne die EU erreichen könne.



9 Regionalförderung senkt Zustimmung für rechtspopulistische Parteien, 09.04.2024, Mitteldeutscher Rundfunk, <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/...rechtspopulismus-100.html>.

3. Politische Handlungsempfehlungen

3.1 Europa kooperativ mitgestalten

In den letzten fünf Jahren war die EU mit multiplen Krisen und ihren wirtschaftlichen Folgen konfrontiert: u.a. dem Ausbruch einer globalen Pandemie und Russlands Krieg gegen die Ukraine. Solche «black swan events» – seltene Ereignisse mit erheblichen, weitreichenden Folgen – senden Schockwellen durch alle Systeme. Gleichzeitig aber verdeutlichen sie auch den Mehrwert der europäischen Integration, da die Herausforderungen von heute nicht allein auf nationaler Ebene zu bewältigen sind. Dafür braucht es ein starkes Europa. Die Bürgerinnen und Bürger haben dafür ein gutes Gespür. Sie bewerten den Anspruch der neuen Bundesregierung, in Europa eine starke Führungsrolle zu übernehmen, mehrheitlich positiv, plädieren aber ebenso deutlich dafür, dies auf kooperative Weise zu tun und in Partnerschaft mit anderen EU-Mitgliedstaaten nach europäischen Lösungen zu suchen. Die Bundesregierung sollte einen proaktiven, aber kooperativen Führungsstil in ihrer Europapolitik verfolgen. Der Auftrag ist dabei klar: Europa ist kein Rosinenpicken, sondern ein Gemeinschaftsprojekt. Das bedeutet, dass die Bundesregierung sich nicht aus nationalem Interesse an vermeintlich schnellen Lösungen über EU-Recht hinwegsetzen darf – insbesondere in der Migrationspolitik und beim Schengen-Abkommen, wo es nicht um Symbolpolitik gehen sollte, sondern um den Schutz fundamentaler europäischer Werte: das Recht auf Asyl und die Unantastbarkeit der Menschenwürde sowie die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien, deren Förderung auf EU-Ebene auch im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung explizite Priorität hat.^[10]

3.2 Europas wirtschaftlichen Nutzen vermitteln

Die Umfrageergebnisse bestätigen, dass eine stabile Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger weiterhin von den Vorteilen und dem politischen Nutzen der EU überzeugt ist. Die in den Ergebnissen zutage kommende Wertschätzung der EU-Mitgliedschaft kann dazu dienen, Unterstützung für politische Maßnahmen auf europäischer Ebene zu gewinnen. So spricht sich die Mehrheit der Befragten dafür aus, dass die Bereiche Verteidigung, Sicherheit und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu Prioritäten der deutschen EU-Politik werden. Gleichzeitig wird der wirtschaftliche Nutzen nur für knapp 47 Prozent der Befragten deutlich. Das Narrativ der jungen Bundesrepublik Deutschland als «wirtschaftlicher Riese und politischer Zwerg» ist tief in der DNA der Bundesrepublik verankert. Der Glaubenssatz, dass Deutschland als «Zahlmeister Europas» mehr in die EU einzahlt, als es von ihr

10 Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 21. Legislaturperiode, Kapitel 5.2 Europa, 4319-23, S. 135, https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf.

erhält, entspricht nicht den Fakten.^[11] Daraus formuliert sich auch ein klarer Auftrag für die neue Bundesregierung, diese Widersprüche durch bessere politische Vermittlung zu adressieren und abzubauen. Eine ehrliche und evidenzbasierte Debatte über konkrete europäische Lösungsansätze kann mehr Verständnis dafür schaffen, dass hohe Erwartungen an die EU, vor allem in solchen Politikbereichen wie Verteidigung, Wirtschaft und Sicherheit, unweigerlich mit höheren finanziellen Ausgaben verbunden sind. Im Gegenzug sind solche Investitionen wiederum mit positiven wirtschaftlichen Effekten verbunden. Die von den Befragten auch in vorangegangenen Ausgaben dieser Studie^[12] bestätigte Fähigkeit der EU, Krisen zu lösen, erhöht den Finanzbedarf der Union erheblich. Deutschland sollte sich im Kontext der bevorstehenden Verhandlungen um den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU für die Jahre 2028–2034 daher für ein höheres EU-Budget einsetzen und in diesem Zusammenhang die Debatte um neue EU-Eigenmittel forcieren. Um diese Notwendigkeit in Deutschland zu vermitteln, sollte sich die neue Regierung darauf konzentrieren, die Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, dass Deutschland von der EU-Mitgliedschaft wesentlich stärker profitiert, als es finanziell beiträgt.

3.3 Europas klima- und sozialpolitisches Versprechen nicht vernachlässigen

Die Vielzahl an Bedrohungen für die europäische Sicherheit, Wirtschaft und Demokratie drängen andere grundlegende Politikbereiche der EU in den Hintergrund. Jedoch sollten Ziele wie Wettbewerbsfähigkeit, Energieunabhängigkeit und strategische Souveränität nicht auf Kosten anderer relevanter Politikfelder wie Klima- und Sozialpolitik erreicht werden. Denn diese Politikbereiche bedingen sich gegenseitig und sollten nicht gegeneinander ausgespielt, sondern vernetzt gedacht werden. In Zeiten einer Wirtschaftskrise und anhaltend hoher bzw. steigender Lebensmittelpreise^[13] sind die Erwartungen an die EU, soziale Mindeststandards und soziale Absicherung zu schützen, gerade bei Arbeiterinnen und Arbeitern, jüngeren Menschen und Haushalten mit Kindern sowie in Ostdeutschland und Regionen mit weniger Kaufkraft, besonders stark ausgeprägt. So lässt sich auch die unterdurchschnittliche Priorisierung von Verteidigung bei Haushalten mit Kindern interpretieren. Kürzungen im Bereich Soziales oder Bildung, zugunsten von Verteidigungsausgaben, trafen sie besonders hart.

11 Eine Studie der *Bertelsmann Stiftung* quantifiziert den Wohlstandsgewinn pro Kopf in Deutschland durch die Mitgliedschaft im EU-Binnenmarkt auf 1.046 EUR jährlich.

12 Hillje, J. und Pütz, C. «Selbstverständlich europäisch!? Stimmung der Bürgerinnen und Bürger vor der Europawahl», Heinrich-Böll-Stiftung, 2024, <https://www.boell.de/de/2024/03/21/studie-selbst-verstaendlich-europaeisch-2024>.

13 Größter Preisanstieg bei Lebensmitteln seit einem Jahr, Tagesschau, 17. März 2025, <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/verbraucherpreise-steigen-staerker-100.html>.

Auch wenn laut der vorliegenden Umfrage höhere Ausgaben für Klimaschutz nur an fünfter Stelle stehen, sind andere hochrangige Prioritäten der Befragten wie wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit eng mit dem Klimaschutz verknüpft. Klimaschutz ist ein Querschnittsthema, das nicht gegen andere politische Prioritäten ausgespielt werden kann, sondern für deren Umsetzung unverzichtbar ist. So sind die Anstrengungen zum Erreichen der Klimaziele untrennbar mit einer resilienten Wertschöpfung verbunden. Klar ist: Die Bewältigung der Klimakrise ist der Garant für Europas wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Wettbewerb und Innovation brauchen grüne Technologien und können auch nur durch diese sichergestellt werden. Die Industrie ist sich dessen wohl bewusst: Im Mai unterzeichneten rund 150 europäische Unternehmen einen offenen Brief, in dem sie ein ambitioniertes Klimaziel und die Dekarbonisierung der Volkswirtschaften forderten.^[14] Darüber hinaus werden extreme Wetterereignisse zunehmend zu einem Sicherheitsrisiko. Ihre steigende Häufigkeit bedroht die nationale Sicherheit, da sie Menschen gefährden, Infrastrukturen beschädigen und wirtschaftliche Verluste verursachen. Die sicherheitspolitische Dimension des Klimawandels wurde detailliert in der im Februar 2025 vorgestellten BND-Studie^[15] erläutert. Letztlich ergeben sich daraus auch Gefahren für die Demokratie. So zeigt eine aktuelle Studie exemplarisch, dass wirtschaftliche Krisen infolge klimabedingter Schocks in Italien den Stimmenanteil rechtsextremer Parteien steigen ließen.^[16] Die Bundesregierung sollte sich daher in der EU dafür einsetzen, dass ausreichend Mittel zur Gewährleistung menschlicher Sicherheit mobilisiert werden und die Errungenschaften des European Green Deal nicht weiter verwässert werden.

3.4 Europas Versprechen für Stabilität stärken

Obwohl die Mehrheit der Befragten die EU-Mitgliedschaft in wirtschaftlicher Hinsicht und in Bezug auf den finanziellen Beitrag nicht als vorteilhaft ansieht, ist in diesem Bereich im Vergleich zu den Vorjahren eine leicht stabilisierende Tendenz festzustellen. Im Kontext starker globaler Unsicherheit – Krieg in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU, Unwägbarkeiten in der transatlantischen Partnerschaft und wirtschaftliche Stagnation – erscheint die EU als ein Ort der Stabilität. Dies spiegelt sich auch in der Zufriedenheit mit der EU-Mitgliedschaft wider, die trotz der häufig vertretenen Wahrnehmung des unzureichenden wirtschaftlichen Nutzens klar überwiegt. Schließlich erleben viele Bürgerinnen und Bürger neben den Kosten auch direkte Errungenschaften der EU-Mitgliedschaft. So profitiert Deutschland von zentralen europäischen Vorteilen wie Sicherheit, Freizügigkeit und Zusammenarbeit – auch jenseits von finanziellen Kosten-Nutzen-Betrachtungen.

14 150 Unternehmen für ehrgeiziges EU-Klimaziel bis 2040, Deutschlandfunk, 27.05.2025, <https://www.deutschlandfunk.de/150-unternehmen-fuer-ehrgeiziges-eu-klimaziel-bis-102.html>.

15 Nationale Interdisziplinäre Klimarisiko-Einschätzung 2025, <https://metis.unibw.de/de/nike/>.

16 Cremaschi, S., Bariletto, N. and de Vries, C.E. (2025) «Without roots: The political consequences of collective economic shocks,» *The American Political Science Review*, pp. 1–20. Available at: <https://doi.org/10.1017/s0003055425000073>.

Dazu bietet die EU-Mitgliedschaft durch ihren belastbaren rechtsstaatlichen Rahmen ein hohes Maß an Stabilität, das Deutschland über die Teilnahme am Binnenmarkt hinaus zugutekommt. Die hohe Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft und der Wunsch nach europäischen Lösungen sprechen dafür, dass die Bundesregierung die Unterstützung ihrer Bürgerinnen und Bürger hat, sich in Brüssel für eine Union einzusetzen, die Stabilität als ganzheitliche Aufgabe begreift und Grundbedürfnisse der Daseinsvorsorge adressiert – auch über Verteidigung und Wirtschaftswachstum hinaus. Ein aktives, gestalterisches und kooperatives Verhalten Deutschlands in der EU mit dem Ziel der Europäisierung und Integration stärkt deren Fähigkeit, auf zentrale gesellschaftliche Bedürfnisse zu reagieren. Indem Deutschland finanzielle Verantwortung übernimmt und sich proaktiv an der Prioritätensetzung beteiligt, trägt es dazu bei, dass die EU auf zentrale gesellschaftliche Anliegen besser reagieren kann.

Die Autor*innen

Dr. Maria Skóra arbeitet als Politikberaterin in Berlin und Brüssel und ist Policy Fellow bei Das Progressive Zentrum.

Georg McCutcheon ist Politökonom und als Referent Europäische Union in der Heinrich-Böll-Stiftung tätig.

Wir danken Michael Álvarez, Johannes Hillje, Maria Menzel-Meyer, Christine Pütz, Daniel Schade und Eva van de Rakt für ihre hilfreichen Kommentare. Die Autor*innen übernehmen die Verantwortung für die Richtigkeit und Genauigkeit der hier dargestellten Ergebnisse.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin
Fachkontakt: Georg McCutcheon, Referat EU & Nordamerika **E** mccutcheon@boell.de

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: Juni 2025

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.

Die Publikationen der Heinrich-Böll-Stiftung dürfen nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Weitere E-Books zum Downloaden unter: www.boell.de/publikationen